

Niedersächsischer Landtag
Abgeordneter Klaus Schneck

Klaus Schneck, MdL

Landtagsabgeordneter für Gifhorn Nord / Wolfsburg

MdL-Büro Klaus Schneck

Heinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Telefon: 05834 - 530185
0511 - 30303348

e-mail: klaus.schneck@lt.niedersachsen.de

Hannover, 21.10.11

R
E
D
E
N

R
E
D
E
N

Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 116. Plenarsitzung am 12. Oktober 2011

„Übergang Schule - Beruf“: Schule und Ausbildungssystem noch besser zusammenbringen - Fachkräftenachwuchs weiterhin sichern – Ausbildungsschleifen vermeiden

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/4017 -

Klaus Schneck (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Über das Thema „Übergang Schule - Beruf“ wird leider zu einer Uhrzeit debattiert, zu der das Plenum etwas schütterer besetzt ist. Aber ich meine, das ist ein wichtiges Thema, mit dem wir uns weiter auseinandersetzen müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen erst einmal feststellen: Die SPD-Fraktion begrüßt es sehr, dass es gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in das Berufsleben einzubringen. Für uns besteht kein Zweifel, dass dies dringend notwendig ist.

Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und eine fundierte Berufsausbildung sind entscheidende Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben. Es ist auch unsere Aufgabe, dafür die nötigen Bedingungen zu schaffen und Sorge dafür zu tragen, dass niemand in unserer Gesellschaft abgehängt wird. Jeder Schüler, der nach dem Abschluss der Schule trotz vieler Bewerbungen keinen Ausbildungsplatz findet, ist ein Schüler zu viel.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Daher ist es richtig, die vorhandenen Förderprogramme zu erhalten und besser zu koordinieren. Auch ist es sehr sinnvoll, mit der Beratung und Begleitung schon in der Schule zu beginnen. Ich hoffe, dass, wenn die Forderungen dieses Antrages umgesetzt werden, Jugendlichen demotivierende und wenig sinnvolle Warteschleifen erspart werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb haben wir uns an dem Antrag beteiligt, und wir werben für die Zustimmung.

Sehr verehrte Damen und Herren, es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung beginnt, etwas Wirksames zur Verbesserung auf dem Ausbildungsmarkt zu tun. Da helfen wir Ihnen gerne bei dem ersten Schritt in die richtige Richtung. Aber damit sind noch lange nicht alle Probleme gelöst; denn für viele Jugendlichen sind die fehlenden Ausbildungsplätze nach wie vor das größte Hindernis auf dem Weg in die Ausbildung. Jedes Jahr wieder müssen Jugendliche und mit ihnen ihre Familien die Erfahrung machen, dass es für sie keinen Ausbildungsplatz gibt.

Solange jeder noch jemanden kennt, der vergeblich einen Ausbildungsplatz sucht und sich von Maßnahme zu Maßnahme hangelt, können Sie den Menschen doch nicht ernsthaft erzählen, dass auf dem Ausbildungsmarkt alles in Ordnung ist. Dabei haben wir von der großen Zahl der Altbewerber überhaupt noch gar nicht gesprochen. Es reicht eben nicht aus, den Mangel nur besser zu verwalten.

(Glocke des Präsidenten)

Wir hätten uns sehr gewünscht, dass wir gemeinsam auch dazu etwas beschlossen hätten, wie mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden könnten. Ich weiß, dass wir hier schon oft darüber gestritten haben. Aber wir werden nicht aufgeben, Ihnen diese Realität kritisch vor Augen zu halten. Vielleicht kommen Sie ja noch zur Einsicht, oder eine neue Landesregierung nach dem Jahr 2013 wird dieses Problem richtig angehen, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der erste Ausbau der persönlichen Begleitung und der frühen Beratung in der Schule, die betriebliche Einstiegsqualifizierung als wichtige, gezielt einzusetzende Fördermaßnahme und die Weiterentwicklung sowie Stärkung des regionalen und kommunalen Bildungsmanagements als Dreh- und Angelpunkt für den Übergang von der Schule in den Beruf sind ein wichtiger Ansatz.

(Glocke des Präsidenten)

Aber es ist klar, dass dies vor allem notwendig ist, um die Folgen Ihrer verfehlten Schulpolitik auszugleichen, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege!

Klaus Schneck (SPD):

Selbstverständlich. - Nichtsdestotrotz ist jeder Schritt in die richtige Richtung notwendig und begrüßenswert. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag, auch wenn wir mit den Komplettlösungen, wie sie hier vorgeschlagen werden, nicht einverstanden sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)